

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 166 (2000)

Heft: 5

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEUTSCHLAND

Zur Einführung des leichten Flugabwehrsystems (leFlaSys)

Mit Aufstellung des ersten Zuges soll noch in diesem Jahr das «Leichte Flugabwehrsystem» (leFlaSys) für die Heeresflugabwehrtruppe beschafft werden. Die Einführungsgenehmigung erfolgte nach Abschluss umfangreicher Truppenversuche bereits im Februar 1998. Der gesamtssystemverantwortliche Hauptauftragnehmer ist die Firma STNATLAS-Elektronik GmbH in Bremen. Die Firma Krauss-Maffei Wegmann (KMW), Kassel, ist Konsortialpartner. Als Unterauftragnehmer sind u. a. Mak, Kiel (Wiesel 2), EMS (3D-Radargerät Hard), Schweden, PTO (ARST), Grossbritannien und BGT (MLS), Überlingen, beteiligt. Drei leichte Flugabwehrraketenbatterien werden insgesamt aufgestellt. Das «leFlaSys» dient dem Schutz leichter, luftbeweglicher Kräfte, ihrer Einrichtungen sowie der Anlagen, die für die Operationsführung wichtig sind. Es ist modern, mobil und luftverlastbar, allwetterfähig sowie automatisch wirkend. Eine Batterie besteht aus drei Zügen mit jeweils fünf Waffenträgern und einem Aufklärungs- und Feuer-

leitfahrzeug (AFF) auf «Wiesel 2». Auf Zugebene erfolgt die Aufklärung durch das AFF mit Hilfe eines dreidimensional wirkenden Radargerätes mit integriertem IFF-System und einem passiv wirkenden Rundsuchsensor Infra-Red Search an Track (IRST) auf den Waffenträgern. Die Flugzielbekämpfung erfolgt mit Lenkflugkörpern auf Waffenträgern. Von denen sind vier feuerbereit, vier werden zum Nachladen auf den Waffenträgern mitgeführt. In der Regel wird die Flugzeit je nach Geländebeschaffenheit ab 20 km Entfernung erfasst. Die Übergabe der Flugzielkoordinaten von AFF erfolgt, nachdem eine automatisch erstellte Bedrohungsanalyse ergeben hat, dass dieses Ziel bekämpft werden muss, über Datenfunk an den Waffenträger. Dieser verfolgt und bekämpft das Flugziel auf max. Reichweite des Flugkörpers. Hierfür werden «Stinger» und «Iglu» eingesetzt. Eine Adaption anderer Lenkwaffentypen ist technisch möglich. Hiermit wird das Heer über ein weiteres Mittel verfügen, um beweglich eingesetzte lufttransportierte Verbände wirksam gegen Bedrohung aus der Luft schützen zu können. Tp.



Waffenträger des Fliegerabwehrsystems «Wiesel 2».

Die Türkei erhält von Deutschland ein Chemiewaffenlabor

Die Bundeswehr unterstützt nach eigenen Angaben die türkischen Streitkräfte beim Aufbau eines Analyselabors für chemische Kampfstoffe. Das Labor ermöglichte der Türkei, chemische Kampf-

stoffe festzustellen, zu analysieren und danach entsprechende zielgerichtete Abwehrmassnahmen zu treffen, erläuterte ein Sprecher des deutschen Verteidigungsministeriums. Entschieden wurde in diesem Zusammenhang ein Fernsehbericht als «schlicht falsch und damit irreführend» zurückgewiesen,

in dem behauptet wurde, es gebe mit der Türkei eine Rüstungs-kooperation im C-Bereich und die Bundeswehr besitze Granaten mit dem chemischen Reizstoff CS. Die Türkei habe Deutschland um Unterstützung beim Aufbau eines Labors gebeten, das nicht zur Herstellung chemischer Waffen diene, sondern im Gegenteil das Auftauchen feindlicher chemischer Kampfstoffe ermöglichen soll. Dies ist die Voraussetzung für rechtzeitige Abwehrmassnahmen wie das Anlegen von Schutzausrüstung, Spüraufklärung und eine artbezogene Kampfstoffbeseitigung. Der Bitte sei entsprochen worden, weil Nachbarstaaten unseres Bündnispartners Türkei nachweislich über chemische Kampfstoffe verfügen und diese schon eingesetzt haben. Deutschland und die Türkei sind dem internationalen Abkommen über

das Verbot von Chemiewaffen beigetreten. In der Koalition spielt dieses Thema nach dem Streit über die Lieferung eines Testpanzers Leopard 2 an die Türkei sowie der Zustimmung des Bundessicherheitsrates zu einer Lieferung von sechs Minensuchbooten eine besondere Rolle. Die verteidigungspolitische Sprecherin der «Grünen» signalisierte Zustimmung, wenn sich alles so herausstellen sollte, wie vom Verteidigungsministerium dargestellt wurde. Es ginge allerdings auch an die Substanz eines Bündnisses, sollten einem Partner Hilfen gegen potentielle Angriffe mit Chemiewaffen verweigert werden. Darüber hinaus würde eine Verweigerung nicht in das Konzept der Regierung passen, der Türkei den Status eines Anwärters auf Mitgliedschaft in der EU einzuräumen. Tp.

Debatte über «Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität» in München

Bei der diesjährigen Konferenz über Sicherheitspolitik im Februar 2000 in München standen zwei Fragen im Vordergrund: Lehren aus dem Kosovo-Konflikt und «Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität». Im Kosovo-Konflikt wurde die grosse Lücke in der Militärtechnologie zwischen US-amerikanischen Verbänden und den Streitkräften der europäischen NATO-Staaten deutlich, und zwar nach qualitativen und quantitativen Gesichtspunkten. Seit vielen Jahren bemühen sich die Europäer, vor allem Frankreich und Deutschland, zu einer «Europäischen Verteidigungsidentität» innerhalb der NATO zu gelangen. Die USA haben diesem Bestreben zugestimmt, um innerhalb des Bündnisses durch die europäischen Staaten Entlastung zu bekommen. Seitdem aber die europäischen NATO-Staaten zu konkreten Vorstellungen und Willensbekundungen zur Umsetzung gekommen sind, die in dem Vorhaben münden, innerhalb der Allianz eine europäische Krisenreaktionsstreitmacht in der Grössenordnung von 60 000 Mann für den selbstständigen Einsatz aufzustellen, sind die Vereinigten Staaten auf Distanz gegangen.

Die allgemeine Skepsis der Amerikaner einschliesslich ihrer Befehlshaber in Europa gegenüber den Ambitionen der Europäer, in

bestimmten Krisensituationen ohne die Amerikaner selbstständig handeln zu können, ist offensichtlich. Sie müssten sich hierbei auf NATO-Strukturen und damit auf amerikanische Systeme und Vorräte stützen. Sie sehen darin eine politische Konzession an das europäische sicherheitspolitische Autonomiebestreben. Ein militärisches Erfordernis zur Bündnisstärkung oder eine Erhöhung westlicher Krisenreaktionsfähigkeit erkennen sie nicht. Der im Dezember 1999 von den EU-Staaten in Helsinki verkündete Plan, binnen dreier Jahre eine Eingreiftruppe von 60 000 Mann als Instrument selbstständiger europäischer Militärfaktionen aufzustellen, wird mit Skepsis betrachtet. Die amerikanischen Experten stellen die Erhöhung der europäischen Kapazitäten in den Vordergrund. Verteidigungsminister Cohen stellte als Bedingungen für die Befürwortung der «Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität» (ESVI) heraus, die NATO sei das Hauptfundament transatlantischer europäischer Sicherheit und sollte es auch bleiben. Aber sie sei auch ein Forum für individuelle und souveräne Nationen, um über einen gemeinsamen Aktionskreis zu entscheiden und diesen auszuführen. Damit stellte er die souveränen Nationen als Handlungssubjekte heraus, von einem geschlossen wirkenden europäischen Partner liess er nichts verlauten. Er wies auch darauf hin, dass die NATO-Mitglieder, die nicht EU-Angehörige sind, in die

Planung und Vorbereitung eines europäischen Konzeptes einbezogen werden müssten. Damit meinte er vor allem die Türkei und Norwegen, aber auch die noch nicht der EU angehörenden NATO-Mitglieder Polen, Tschechien und Ungarn. Er bediente sich letztlich der Formulierung des NATO-Generalsekretärs Robertson, der die drei Merkmale einer Bündniskonformen «Europäischen Identität» wie folgt beschrieb: «Unenteilbarkeit der atlantischen Sicherheit, Verbesserung der europäischen Fähigkeit und Beteiligung aller europäischen Verbündeten.» Der EU-Beauftragte für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Solana, stellte die verschiedenen Gründe für das europäische Vorhaben ausführlich dar und ergänzte sie mit drei Zusagen, in jedem Krisenfall werde die

NATO entscheiden können, ob sie handeln solle, in jedem Falle Washington gefragt, ob es mitwirken und damit die Führung übernehmen wolle. Alle europäischen NATO-Partner würden – falls sie es wünschten – an europäischen Krisenreaktionen beteiligt. Damit war die bestehende Hierarchie abermals anerkannt und die europäische Einordnung bestätigt. Die neuen NATO-Mitglieder sowie die Kandidaten hatten Fragen zur Organisation, Finanzierung, Einordnung sowie zur Führungsstruktur der europäischen Einsatzstreitmacht. Der polnische Verteidigungsminister zog das mit ungeteiltem Beifall bedachte Resümee: «Die NATO sollte das erste Recht zur Weigerung haben, eine bestimmte Mission zu übernehmen.» Tp.

GROSSBRITANNIEN

Beschaffung weiterer Rapier-Flugkörper

Die britische Defence Procurement Agency (DPA) hat zu Beginn dieses Jahres bei der Firma Matra Bae Dynamics die Produk-

tion weiterer Flab-Lenk Waffen «Rapier» in Auftrag gegeben. Über die genaue Anzahl der zu fertigenden Flugkörper vom Typ «Rapier Mk2» wurde nichts bekannt gegeben. Der Wert des Auftrages soll aber bei mehreren Mio. britischen Pfund liegen. In dem getätigten Auftrag enthalten sind einerseits die Beschaffung neuer Flugkörper und andererseits auch eine Modernisierung alter Lenk Waffen, die auf den Standard Mk2 umgerüstet werden sollen. Die Lieferungen sollen im Jahre 2002 beginnen. Der Vertrag kam unter der so genannten Smart-procurement-Initiative zu Stande, bei der Matra Bae Dynamics und das britische Verteidigungsministerium eng zusammengearbeitet haben. Das führte zu deutlichen Einsparungen für den Kunden und zu einem schnelleren Vertragsabschluss. Die zusätzlichen Rapier-Lenk Waffen sind für die Royal Air Force und die Army bestimmt. Durch diese Wiederaufnahme der Rapier-Flugkörper-Produktion sind nun auch wieder verstärkte Bemühungen um den Export dieser Waffensysteme zu erwarten. hg

Boden-Luft-Lenk Waffensystem «Rapier Mk2».

DÄNEMARK

Verteidigungsabkommen für die Jahre 2000 bis 2004

Das unter den wichtigsten dänischen Parteien ausgehandelte Verteidigungsabkommen bildet

die Grundlage zur Umstrukturierung der Streitkräfte Dänemarks. Dieses Abkommen basiert auf einem Bericht der Verteidigungskommission, der im Verlaufe des Jahres 1999 veröffentlicht worden



Die dänischen Streitkräfte verfügen über eine Anzahl Transportflugzeuge C-130 «Hercules», die zur Versorgung der Truppen in Grönland und im Ausland genutzt werden.

ist. Darin werden für die dänischen Streitkräfte die folgenden Richtlinien in Bezug auf die künftigen Aufgaben festgelegt:

■ Eine weitere Verlagerung der Aufgaben auf den Bereich der internationalen Einsätze wird als notwendig befunden; in diesem Zusammenhang sollen die Fähigkeiten zur Bereitstellung von Krisenreaktionskräften verbessert werden.

■ Die aktive Teilnahme an humanitären und friedenserhaltenden Einsätzen im Rahmen von NATO, UNO und OSZE wird als weiter notwendig und dringend empfunden.

■ Die Mittel zur eigenen Territorialverteidigung sollen weiter reduziert werden; die für Verteidigungsaufgaben im Rahmen der NATO benötigten Kräfte werden hingegen beibehalten.

■ Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Staaten Europas, vor allem mit den Ländern Nordeuropas, soll weiter gefördert werden.

Diese künftige Aufgabenregelung für die dänischen Streitkräfte hat folgende Konsequenzen:

■ Ein wesentlich geringerer Rekrutierungsbedarf: Künftig werden

nur noch rund 40 Prozent der Wehrpflichtigen für die Streitkräfte benötigt, dabei soll eine Konzentration auf gut qualifizierte Freiwillige stattfinden. Der restliche Bedarf soll durch das Los bestimmt werden.

■ Die Materialinvestitionen sollen wieder verstärkt werden, wobei in erster Priorität Mittel zur Erhöhung der Mobilität (Krisenreaktionskräfte) zu beschaffen sind.

■ Mit dem verringerten Bedarf an Infrastruktur im eigenen Lande und durch strikte Rationalisierungsmassnahmen sollen Mittel eingespart werden.

Trotz einem reduzierten Rekrutierungsbedarf haben die dänischen Streitkräfte zunehmend mit Bestandesproblemen zu kämpfen. Dies betrifft insbesondere die Kontingente für Auslandseinsätze, wobei Dänemark gegenwärtig noch rund 1500 Soldaten vorwiegend auf dem Balkan (SFOR und KFOR) im Einsatz hat. Mittelfristig kann dieser Bestand nicht mehr aufrechterhalten werden; Mangel besteht insbesondere bei den Unteroffizieren und bei gewissen Spezialfunktionen.

USA

Die US-Army fordert neue Radschützenpanzer

Im neuen Konzept für die US-Army der Zukunft wird den Radschützenpanzern eine grössere Bedeutung beigemessen. Da diese Umsetzung schnell erfolgen soll, hat die US-Beschaffungsstelle im letzten Jahr diverse Firmen mit entsprechenden Projektierungen beauftragt. Bereits im Januar 2000 sind in Fort Knox die aktuell in Frage kommenden Gefechtsfahrzeuge (Radschützenpanzer) vorgestellt worden. Ziel ist es, in einer Art Zwischenlösung diverse Typen

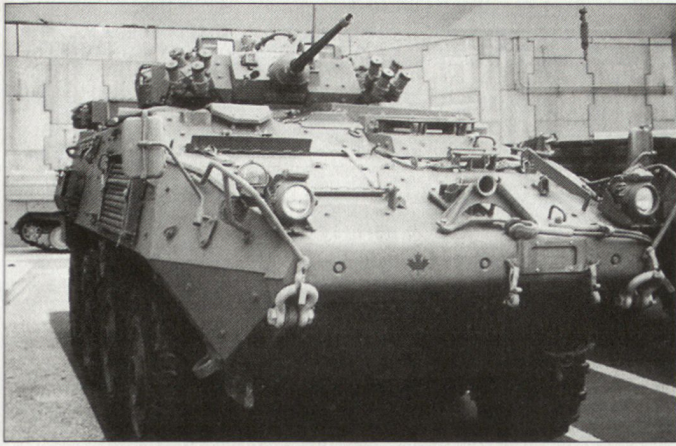
in den Truppendienst zu nehmen und unter Einsatzbedingungen zu testen, bis eines der Fahrzeuge den definierten Truppenanforderungen genügt.

Drei Firmen haben sich bereit erklärt, sich an dieser Evaluation zu beteiligen:

■ Textron mit dem «Enhanced Light Armored Vehicle 300 MKII»,

■ General Motors Canada mit dem LAV III, besser bekannt als «Piranha III» der Mowag,

■ General Dynamics mit dem österreichischen «Pandur» und dem «Dragoon».



Radschützenpanzer LAV III (Piranha III) für die US-Army?

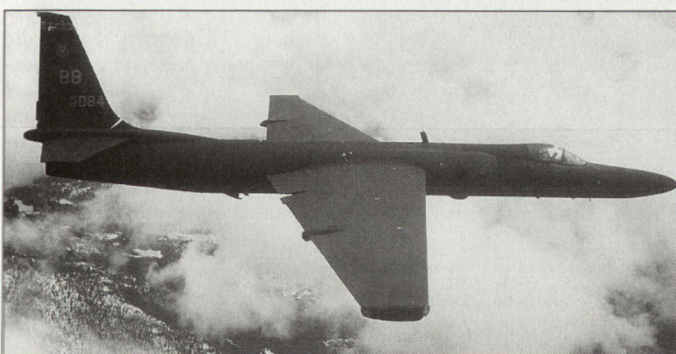
Gemäss Einschätzung der Fachleute gilt der LAV III resp. «Piranha III» als Favorit; man spricht sogar von einer bereits getroffenen Vorentscheidung. Dabei ist sicher auch zu berücksichtigen, dass das US-Marine-Corps bereits über

frühere Modelle des LAV resp. des «Piranha» verfügt. Zudem wird der «Piranha III» mit der Maschinenkanone 30 mm angeboten, die u. a. auch für das neue Landungsfahrzeug AAV der USA ausgewählt worden ist. hg

Strategische Aufklärungsflugzeuge U-2 werden weiter genutzt

Gemäss neusten Planungen des US-Verteidigungsministeriums sollen die Aufklärer U-2 von Lockheed Martin bis ins Jahr 2020 weiter genutzt werden. Dies nach entsprechenden technischen Verbesserungen, die von der US Air Force in Auftrag gegeben wurden. Nach dem Kosovo-Konflikt hatte das Pentagon eine Verbesserung der Aufklärungskapazitäten für notwendig angesehen. Die Meinungen gingen zunächst darüber auseinander, ob mit der unbemannten «Global Hawk» von

Northrop Grumman (früher Teledyne Ryan) oder einer leistungsgesteigerten U-2 der Mangel behoben werden sollte. Es wurde sogar daran gedacht, die Produktion der U-2 wieder aufzunehmen. Derzeit unternimmt Lockheed Martin vorbereitende Arbeiten für eine Verbesserung des Cockpits der U-2. Die erste von 37 noch verfügbaren U-2S könnte 2001 in die Modifizierung genommen werden. Eine wesentliche Verbesserung wäre das Multi-Sensor Agile Reconnaissance System, MARS, das neben einer Vielzahl von Sensoren auch über ein leistungsfähiges Data-Link-System verfügt. hg



Aufklärungsflugzeug U-2

USA/JUGOSLAWIEN

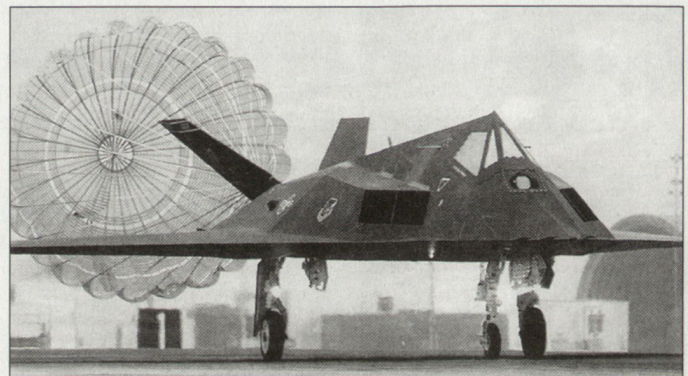
Abgestürzter Tarnkappenbomber F-117A wird für Spionagezwecke genutzt

Der Bomber F-117A, der während der Operation «Allied Force» im Kosovo-Einsatz im März 1999 in der Nähe Belgrads

abgeschossen wurde, ist vermutlich an Russland oder China verkauft worden. Nach Aussagen der US Air Force bereitet die mögliche Weitergabe des Flugzeugwracks an andere Staaten zur Auswertung wenig Kopfzerbrechen, denn die Stealth-Techno-

logie der F-117A ist über 25 Jahre alt. Der grösste Teil der Technologie kann heute ohnehin in Technologie-Zeitschriften nachgelesen werden. Der Abschuss des Bombers belegt zudem, dass Stealth-Technologie ein Flugzeug keineswegs unsichtbar oder unverwundbar macht. Wie heute bekannt ist, wurde die Maschine beim Verlassen des Zielgebietes und nach Abwurf seiner Bomben von der serbischen Flugabwehr entweder mit einer Lenkwaffe (SA-3) oder mit Luftabwehr-Artillerie abgeschossen. Die Serben behaupten,

sie hätten das Flugzeug mit ihrem Radar genau verfolgen können. Allerdings verschweigen sie die Erfassungsentfernung und die Art des Radars. Der Pilot wurde gerettet, bevor er in serbische Hände fiel. Das Erfolgsgeheimnis beim Bombeneinsatz liegt darin, die Waffen abzuwerfen, bevor die gegnerische Luftabwehr reagieren kann. Erforderliche Flugmanöver beim Bombenabwurf erhöhen nämlich die Erfassungswahrscheinlichkeit mit Radar und damit die Verwundbarkeit durch Abwehrwaffen. hg



US-Bomber F-117A.

KROATIEN

Entwicklung eines eigenen Kampfpanzers

Die kroatische Armee will unter der Bezeichnung «Degmann» ab Ende 2000 einen eigenen Kampfpanzer einführen. Die Entwicklungsarbeiten begannen im Jahr 1988 unter der Projektbezeichnung V 2001. Das Fahrzeug basiert auf dem Panzer T-72 bzw. der jugoslawischen Version M-84. Der Turm wurde völlig neu konzipiert und als Schweisskonstruktion ausgeführt. Als Hauptwaffe wurde die 125-mm-Glattrohrkanone (D-81) beibehalten, gleiches gilt für den Ladeautomaten. Bei den Komponenten der Feuerleitanlage, die von der Firma Fotona hergestellt werden, wurden gegenüber dem M-84 Verbesserungen vorgenommen. Für den Kampfpanzer «Degmann» wurde ein leistungsgesteigerter V-12-Dieselmotor (möglicherweise aus polnischer Fertigung) mit zwei Abgasturbo-ladern und einer Leistung von 735 kW ausgewählt. Für die Kraftübertragung wird ein neues Automatikgetriebe aus lokaler Fertigung verwendet. Im Front- und Flankenbereich sowie am Turm und Fahrgestell kommt eine neue

Reaktivpanzerung mit relativ grossflächigen Elementen zum Einsatz. Weitere Verbesserungen betreffen die ABC-Schutzeinrichtungen, die Feuerlöschanlage und die Gestaltung des Fahrerplatzes. Statt dem russischen Funkgerät (R-173) werden Komponenten des britischen Herstellers Racal eingebaut. Ähnlich wie bei der Endmontage der zirka 600 Kampfpanzer M-84 (1985–1992) muss das kroatische Unternehmen Duro Daković in Slavonski Brod auch für den Panzer «Degmann» zahlreiche Komponenten aus den anderen Staaten des früheren Jugoslawien importieren. Bei der Fertigung der Panzer M-84 waren zirka 240 Hauptzulieferer aus allen Teilrepubliken (Bosnien-Herzegowina, Serbien, Slowenien und im geringeren Masse auch Mazedonien und Montenegro) beteiligt. Die kroatische Armee verfügt derzeit über zirka 70 Panzer der Baureihe T-72 und M-84 sowie einige Hundert T-54/55. Letztere sollen durch die Neuentwicklung «Degmann» abgelöst werden. hg

RUSSLAND

Veröffentlichung der neuen Militärdoktrin und Neudefinition der Nuklearstrategie

Russland hat seit Januar 2000 ein neues Konzept zur nationalen Sicherheit. Es ersetzt dasjenige aus dem Jahre 1997. In diesem Zusammenhang ist auch der Entwurf der neuen russischen Militärdoktrin vorgelegt worden. Die Militärdoktrin umschreibt die durch den Staat definierte Auffassung über Ziel und Art eines möglichen zukünftigen Krieges sowie die vorgesehene Vorbereitung und Methode der Kriegführung.

Laut Aussagen des ersten stellvertretenden Generalstabschefs, Generaloberst Manilow, ist die neue russische Militärdoktrin nicht antiwestlich. Russland sei weiterhin an der Fortführung und auch Weiterentwicklung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den Staaten des Westens interessiert.

Moskau hält es für berechtigt, im Falle einer Aggression gegen Russland und/oder seine Verbündeten Nuklearwaffen einzusetzen, wenn die Verteidigung Russlands mit anderen Mitteln nicht ge-

währleistet werden kann. Mit dieser Neudefinition der Nuklearstrategie macht die Führung darauf aufmerksam, dass die Unversehrtheit der Russischen Föderation von grundlegendem nationalem Interesse ist. Mit der neuen Militärdoktrin sollen die NATO und vor allem die USA daran erinnert werden, dass Russland weiterhin über die Fähigkeit verfügt, einen vernichtenden Nuklearschlag zu führen. Ein überraschender russischer Erstschatz ist zwar – gemäss Einschätzung sicherheitspolitischer Experten – weiterhin als unwahrscheinlich zu bezeichnen. Allerdings ist die – seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Ableben der Sowjetunion – totegeglaubte nukleare Bedrohung wieder präsent.

Die neuen Vorgaben zum Einsatz von Nuklearwaffen wurden bereits im Jahre 1999 im Rahmen von Manövern durchgespielt (ZAPAD-99). In der Folge dürfte auch die Luftoperation der NATO in Jugoslawien die russischen Vorstellungen bezüglich Nukleareinsatz bei einem Angriff auf russisches Territorium noch verstärkt haben. hg



Russischer Bomber Tu-22M3 der Nuklearstreitkräfte.



Prototyp des ukrainischen Transportflugzeugs An-70.

handen sind. Ein ukrainischer Prototyp der An-70 wurde in den letzten Jahren regelmässig an Luftfahrtausstellungen zum Verkauf ausgestellt und vorgeführt. Bisher allerdings ohne Erfolg. Zeitweise war die An-70 auch als mögliche Option im Hinblick auf die Beschaffung eines neuen europäischen Transportflugzeugs – als

Alternative zur westeuropäischen Entwicklung FLA (Future Large Aircraft) – herumgeboten worden. Die mit der Realisierung einer gemeinsamen ukrainisch-russischen Serienproduktion verbundenen Risiken und Probleme dürften allerdings gegen eine europäische Beschaffung von An-70 sprechen. hg

UNGARN

Das Verteidigungsbudget 2000

Das ungarische Parlament beschloss am 20. Dezember 1999 das Gesetz über das Budget 2000.

Das Verteidigungsbudget rechnet unter der Rubrik Ministerium für Landesverteidigung mit Gesamtausgaben in der Höhe von 189,4 Mia Forint (rund 1,2 Mia SFr.), das sind 1,5 Prozent des BIP. Das Kommando der ungarischen Honvéd-Armee und die unterstellten Organe erhalten 84,4 Mia Forint, die Landstreitkräfte 25,4 Mia und die Luftwaffe sowie die Luftabwehr 16,9 Mia. Das bedeutet ein nominelles Wachstum des Verteidigungsbudgets von 43 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bei einer geschätzten Teuerungsrate von 7 Prozent. Allerdings ist anzumerken, dass laut Vorlage des Ministeriums für die anstehenden Aufgaben sowie für die unentbehrlichen Anschaffungen und Modernisierungen mindestens 195 Mia Forint gefordert worden sind. Alleine die internationalen Verpflichtungen des Verteidigungsministeriums kosten im Jahre 2000 16 Mia Forint, wobei die Teilnahme Ungarns an den Operationen SFOR und KFOR mit 7,5 Mia am meisten ausmacht. Im Vergleich zu den Budgets der vorangegangenen Jahre muss das Ministerium zur Verwirklichung des Haushaltsplans keine eigenen Einnahmen mehr vorweisen. Im Sinne der Mitte Dezember zwischen der staatlichen Treuhandgesellschaft und dem Verteidigungsministerium zustande gekommenen Vereinbarung übergab die ungarische Honvéd-Armee 272 überflüssig gewordene Immobilien. Neben den daraus resultie-

renden 13 Mia Forint an Einnahmen konnte sich die ungarische Honvéd-Armee zudem von einer ihr wesensfremden Aufgabe – dem Verkauf der Immobilien – befreien. Gleichzeitig können die 2000 Präsenzdiener, die mit der Bewachung der Objekte beschäftigt waren, für sinnvollere Aufgaben verwendet werden. Im Weiteren sank der budgetäre Personalbestand der Armee auf 53 150 Personen, davon: 8420 Offiziere, 9700 Unteroffiziere, 5330 Vertragssoldaten, 20 500 Präsenzdiener bzw. Teilnehmer militärischer Bildungsinstitutionen sowie 9200 Vertragsbedienstete. Dazu kommen noch etwa 8000 Mitarbeiter der militärischen Forschungsinstitute, der Militärseelsorge und der militärischen Nachrichtendienste, die auch dem Ministerium für Landesverteidigung untergeordnet sind. Es ist zu bemerken, dass im Rahmen der bis Frühjahr beendeten strategischen Umstrukturierung ein Abbau des Personalbestandes des Verteidigungsministeriums von 62 000 auf noch 45 000 geplant ist.

Die ungarische Honvéd-Armee kann für Investitionen lediglich 12 Prozent des Budgets aufwenden, die zum entscheidenden Teil – etwa 7,8 Mia Forint – für die Herstellung der Interoperabilität mit der NATO verwendet werden. So betragen alleine die Kosten für die Betriebszeitverlängerung und Umrüstung der Kampfflugzeuge MiG-29 etwa 2 Mia. So wird sich die Kluft zwischen den relativ modern ausgerüsteten Schnellen Eingreiftruppen und den veralteten Hauptstreitkräften noch weiter vergrössern. L.K. ■

RUSSLAND/UKRAINE

Gemeinsame Beschaffung von Transportflugzeugen An-70 geplant

In letzter Zeit haben sich sowohl in Russland als auch in der Ukraine erstmals offizielle Stellen zu einer möglichen Beschaffung von Transportflugzeugen An-70 für die russischen und ukrainischen Luftstreitkräfte geäussert. Tatsache ist, dass in den Streitkräften beider Staaten ein dringendes Bedürfnis nach einem neuen

Transportflugzeug besteht. Gemäss vorliegenden Meldungen soll die Beschaffung von 165 Maschinen für Russland und von rund 65 Flugzeugen für die Ukraine geplant sein. In erster Linie sollen damit die veralteten Typen An-12 und Il-76 ersetzt werden. In beiden Staaten bestehen allerdings heute für eine solche Beschaffung keine Finanzierungsmöglichkeiten, sodass bisher auch über den zeitlichen Ablauf einer solchen Beschaffung keine Angaben vor-